



Das hat der Ausschuss nicht zu sehen bekommen, weil die bildliche Präsentation der Bürgerinitiative abgelehnt worden ist. Der Vergleich zeigt den Ausbau Waldstraße (links) heute und wie er nach dem Beschluss mit zweistreifiger Verkehrsführung ungefähr werden wird. Foto/Animation: BI Bäume Stadt Steine

## Kein Kompromiss beim Ausbau

**WALDSTRASSE** Kooperationsfraktionen verschaffen Verwaltungsvorlage Mehrheit / SPD-Vorschläge abgelehnt

Von  
Erich Michael Lang

**BINGEN.** Die Diskussion hat eine Ehrenrunde gedreht und ist in der Bauausschusssitzung am Dienstagabend schließlich doch wieder an genau dem Punkt gelandet, wo sie ihren Ausgang nahm. Mit der Mehrheit der Kooperationsfraktionen von CDU, FDP und FWG hat das Gremium den Verwaltungsvorschlag zum Ausbau der Wald- und Rupertusstraße akzeptiert. Damit konnte sich die SPD-Fraktion mit ihrem Paket an Änderungsvorschlägen, das im Kern auch die Forderungen der Bürgerinitiative „Bäume Stadt Steine“ abbildete, nicht durchsetzen.

So gab es inhaltlich weder Abstriche oder Veränderungen in den einzelnen Teilbereichen des Ausbauprogramms, noch wurden Abschnitte, wie von der

Opposition gefordert, gänzlich herausgenommen, wie beispielsweise der Ausbau des Parkplatzbereichs am Friedhof. Es wird nun also die Waldstraße auf eine Fahrbahnbreite von 4,75 Metern ausgebaut.

### Begegnungsverkehr möglich

Auch die Stichstraßen sind einbezogen. Genauso ist nun auch die Rupertusstraße mit im Boot und der Böschungsbereich der Unteren Waldstraße soll mit einer zur Wald- und Rupertusstraße hin naturteinverblendeten Stahlbetonmauer samt einer geböschten Grünflächen ausgestaltet werden. Dies bedeutet unterm Strich, dass künftig auch der heftig umstrittene direkte Begegnungsverkehr im Abschnitt der Unteren Waldstraße möglich sein wird.

Michael Anders von der Bürgerinitiative „Bäume Stadt Stei-

ne“ versuchte zu retten, was zu retten ist. Die BI hatte Rederecht im Ausschuss, ebenso wie die von Anwohner und Ratsmitglied Wolfgang von Stramberg (FWG) vertretene Gruppierung „Pro Waldstraße“, von der in wesentlichen Teilen wiederum die Verwaltungsposition unterstützt wurde. Atmosphärisch war allerdings von Anfang an zu spüren, dass die Frontlinie unverrückbar gezogen war. Bürgermeister Ulrich Mönch gab eingangs auch das Ziel vor: „Wir sollten heute Abend zu einem Beschluss kommen.“

Tatsächlich hätten alle Alternativkonzepte an diesem Abend nur noch eine Chance gehabt, wenn sich das Gremium vertagt hätte. Sozusagen in letzter Minute versuchte Jens Voll (Grüne) noch einen Aufschub zu erwirken, indem er vorschlug, das Ingenieurbüro solle doch noch einmal alternieren-

des Parken in der Unteren Waldstraße prüfen, um so die Verkehrsströme nach dem Ausbau dennoch zu beruhigen. Im Ausschuss wurde nämlich beispielsweise von Michael Hütt-

» Es ist immer schön, dann Rederecht zu bekommen, wenn die Entscheidung im Grunde schon gefallen ist. «

JENS VOLL, Grüne

ner (SPD) die Sorge formuliert, dass künftig vor allem bergab viel zu schnell gefahren werde, weil in der Unteren Waldstraße dann die Durchfahrt problemlos möglich sei. Aber auch Volls Vorschlag wurde abgelehnt. Es war klar: Es sollte entschieden werden und es sollte im Sinne der Verwaltung entschieden

werden. Frank Berlep (SPD) „Populismus“ anderem verweigert. Der Ausbau der Straße und meinte, dass nun doch endlich lernen. Dort ten für Einsatz Feuerwehr nicht berücksichtigt. In der Unteren Waldstraße nun geschehen. Chef Dr. Till Müll verwehrte sich Vorwurf und seine verschiedenen mit Populismus kampft zu tun. Völl in solchen Diskussion wieder um ein Grundsatzfrage, eine autogerechte wohnergerechte nungsziel sei. einwohnergerec

## Partnerschaft mit Kontinuität

**ANAMUR** Bürgermeister Mönch führt bei Antrittsbesuch in Türkei Gespräche mit allen Fraktionen / Austausch bei Bildung u



Schluss nicht zu sehen bekommen, weil die bildliche Präsentation der Bürgerinitiative abgelehnt worden ist. Der Vergleich zeigt den Ausbauzustand der Waldstraße und wie er nach dem Beschluss mit zweistreifiger Verkehrsführung ungefähr werden wird. Foto/Animation: BI Bäume Stadt Steine/Michael Anders

## Kein Kompromiss beim Ausbau

**WALDSTRASSE** Kooperationsfraktionen verschaffen Verwaltungsvorlage Mehrheit / SPD-Vorschläge abgelehnt

Opposition gefordert, gänzlich herausgenommen, wie beispielsweise der Ausbau des Parkplatzbereichs am Friedhof. Es wird nun also die Waldstraße auf eine Fahrbahnbreite von 4,75 Metern ausgebaut.

### Begegnungsverkehr möglich

Auch die Stichstraßen sind einbezogen. Genauso ist nun auch die Rupertusstraße mit im Boot und der Böschungsbereich der Unteren Waldstraße soll mit einer zur Wald- und Rupertusstraße hin naturteinverblendeten Stahlbetonmauer samt einer geböschten Grünflächen ausgestattet werden. Dies bedeutet unterm Strich, dass künftig auch der heftig umstrittene direkte Begegnungsverkehr im Abschnitt der Unteren Waldstraße möglich sein wird.

Michael Anders von der Bürgerinitiative „Bäume Stadt Stei-

ne“ versuchte zu retten, was zu retten ist. Die BI hatte Rederecht im Ausschuss, ebenso wie die von Anwohner und Ratsmitglied Wolfgang von Stramberg (FWG) vertretene Gruppierung „Pro Waldstraße“, von der in wesentlichen Teilen wiederum die Verwaltungsposition unterstützt wurde. Atmosphärisch war allerdings von Anfang an zu spüren, dass die Frontlinie unverrückbar gezogen war. Bürgermeister Ulrich Mönch gab eingangs auch das Ziel vor: „Wir sollten heute Abend zu einem Beschluss kommen.“

Tatsächlich hätten alle Alternativkonzepte an diesem Abend nur noch eine Chance gehabt, wenn sich das Gremium vertagt hätte. Sozusagen in letzter Minute versuchte Jens Voll (Grüne) noch einen Aufschub zu erwirken, indem er vorschlug, das Ingenieurbüro solle doch noch einmal alternieren-

des Parken in der Unteren Waldstraße prüfen, um so die Verkehrsströme nach dem Ausbau dennoch zu beruhigen. Im Ausschuss wurde nämlich beispielsweise von Michael Hütt-

» Es ist immer schön, dann Rederecht zu bekommen, wenn die Entscheidung im Grunde schon gefallen ist. «

JENS VOLL, Grüne

ner (SPD) die Sorge formuliert, dass künftig vor allem bergab viel zu schnell gefahren werde, weil in der Unteren Waldstraße dann die Durchfahrt problemlos möglich sei. Aber auch Volls Vorschlag wurde abgelehnt. Es war klar: Es sollte entschieden werden und es sollte im Sinne der Verwaltung entschieden

werden. Frank Berlep (CDU) warf der SPD „Populismus“ vor. Unter anderem verwies Berlep auf den Ausbau der Schlossbergstraße und meinte, das Gremium solle nun doch endlich mal aus Fehlern lernen. Dort seien die Breiten für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr nicht ausreichend berücksichtigt worden; in der Unteren Waldstraße solle dies nun geschehen. SPD-Fraktionschef Dr. Till Müller-Heidelberg verwahrte sich gegen Berleps Vorwurf und sagte, Meinungsverschiedenheiten hätten nichts mit Populismus oder Wahlkampf zu tun. Vielmehr gehe es in solchen Diskussionen immer wieder um eine ideologische Grundsatzfrage, ob nämlich eine autogerechte oder eine einwohnergerechte Stadt das Planungsziel sei. „Wir wollen die einwohnergerechte Stadt.“

► KOMMENTAR

## Partnerschaft mit Kontinuität

**UR** Bürgermeister Mönch führt bei Antrittsbesuch in Türkei Gespräche mit allen Fraktionen / Austausch bei Bildung und Polizei

Nun scheint sich aber bei Ulrich Mönchs Besuch in Anamur rum“, so Mönch. Mit allen Parteien wurden Gespräche geführt. zehner Bernd Gemünden war Delegationsmitglied. Die West-

## KOMMENTAR



**Erich Michael Lang**  
zur Waldstraße

@ [mlang@vrm.de](mailto:mlang@vrm.de)

### *Bürgerbeteiligung*

**D**er Stadtrat bewegt sich auf dünnem Eis und es gibt erste Anzeichen dafür, dass auch die Fraktionen zu verstehen beginnen: Wo das Licht der „Bürgerbeteiligung“ leuchtet ist der Schatten der Enttäuschung und Frustration nicht weit. Die Kooperation lag demonstrativ auf Verwaltungslinie, die SPD eignete sich in der vertrauten Rolle des Rufers in der Wüste die Positionen der BI an. Zwischen diesen Extremen dürfte irgendwo die Wahrheit liegen. „Bürgerbeteiligung“ jedenfalls weckt eine Erwartungshaltung. Mitsprache bedeutet Einflussnahme. Wenn von diesem Einfluss am Ende nichts zu erkennen ist, muss die Frage erlaubt sein: Was soll's? Vor diesem Hintergrund wäre es besser gewesen, der Ausschuss hätte gleich den Ausbau so wie ihn die Verwaltung von Anfang an wollte beschlossen, ohne überhaupt die Anlieger einzubeziehen. Jetzt nämlich ist der Frust noch viel größer. Das hängt auch damit zusammen, dass es keine überzeugende Systematik zur Erfassung der Bürgerwünsche gibt. Ist sinnvolle „Bürgerbeteiligung“ gewollt, sollte der Rat das Verfahren genau überdenken.